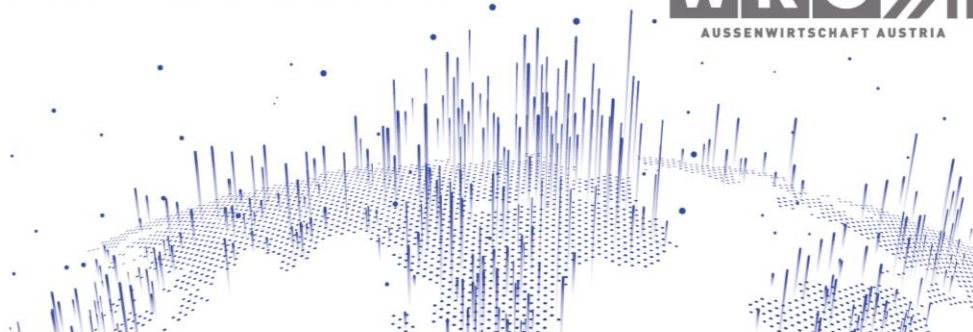


GLOBAL SITUATION REPORT



in Kooperation mit
**Abteilung Wirtschafts-
und Handelspolitik**



GLOBAL SITUATION REPORT 07.04.2022

WIRTSCHAFTSSANKTIONEN

[Aktueller interaktiver Report](#)

Wirtschaftssanktionen

Belarus: Rechtsunsicherheit neben Sanktionen ernsthaftes Problem.

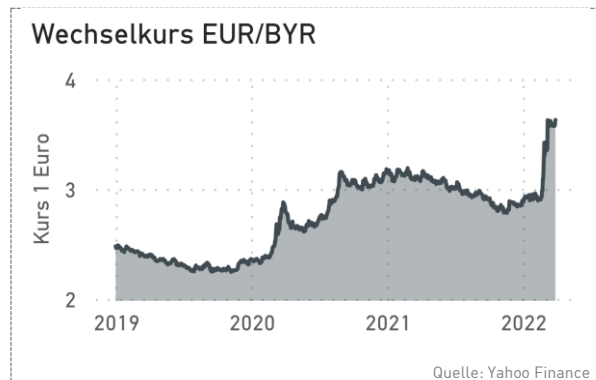
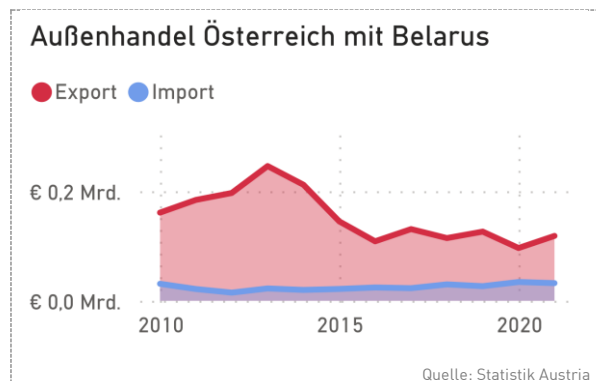
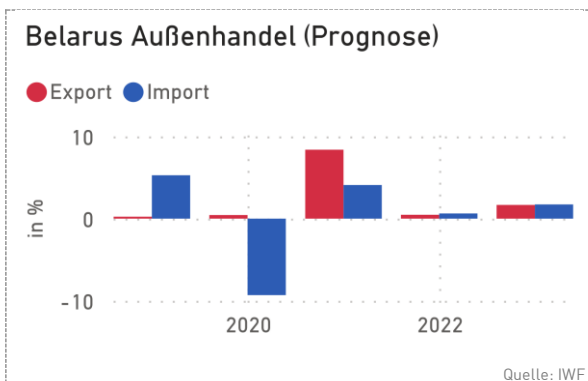
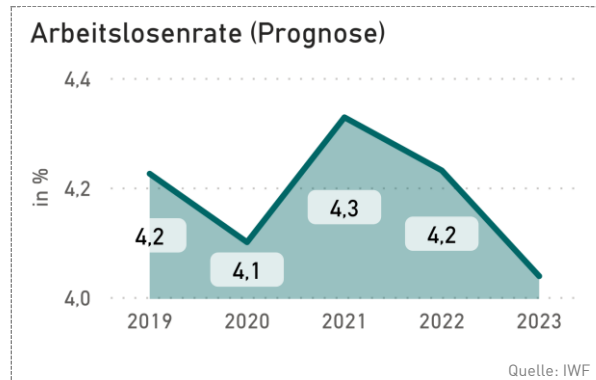
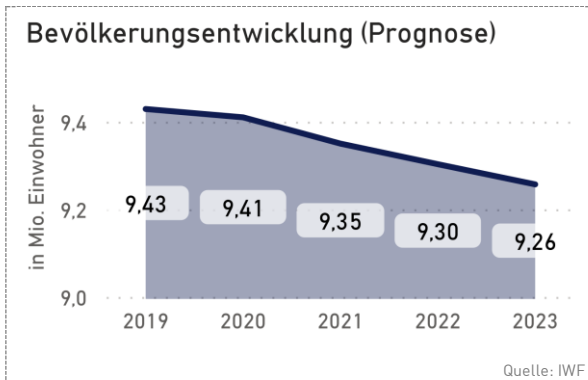
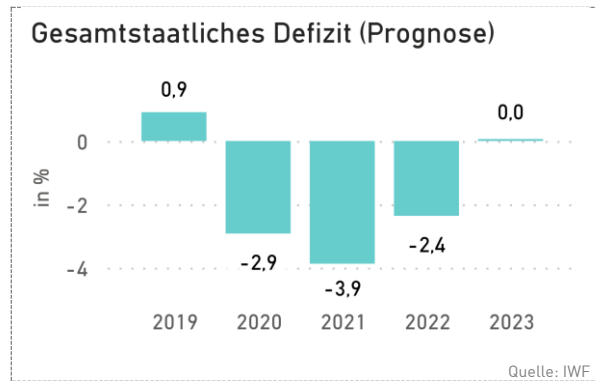
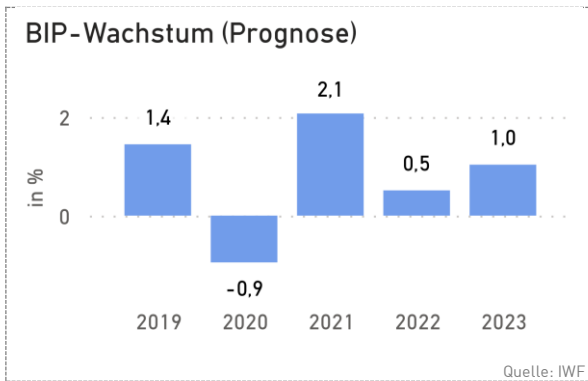
Russland: Große Verunsicherung unter Wirtschaftstreibenden, Sanktionen bremsen russische Wirtschaft stark.

Iran: Zukünftige Entwicklungen vom Ausgang der JCPOA-Verhandlungen abhängig.

Wirtschaftssanktionen in der Außenpolitik

Nutzen Sie die [Informations- und Serviceangebote der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA](#), um die Corona-Krise weltweit zu navigieren und neue Geschäftschancen und Potenziale zu erschließen. Weitere Analysen finden Sie bei der [Abteilung für WIRTSCHAFTS- und HANDELSPOLITIK](#). Tagesaktuelle Länderinformationen am [WKÖ Exportradar](#).

SITUATION REPORT: BELARUS



Hinweis: Auf Grund der fluiden Lage wurden für diese Grafiken Prognosen verwendet, die vor dem russischen Überfall auf die Ukraine in 2022 erstellt wurden.

EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Sanktionen: aktuelle Lage

Seitens der EU, der USA sowie weiterer westlicher Länder wurden im Zusammenhang mit dem Verdacht des Wahlbetruges und undemokratischer Maßnahmen gegen Demonstranten bereits 2020 umfangreiche Sanktionen gegen Belarus verhängt. Die aktuelle Involvierung Belarus in den Ukraine Konflikt hat zusätzlich weitreichende Handelsverbote westlicher Staaten nach sich gezogen. Besonders bedeutend sind die Exportverbote im Bereich von Maschinen, aber auch Importverbote für Holz-, Stahl- und Eisen- sowie Mineralölzeugnisse und Kaliumchlorid-Produkte. Von letzteren sind auch insbesondere viele österreichische Firmen betroffen.

Fazit: Für viele Rohstoffe war Belarus bis dato ein wichtiger Lieferant für Österreich – nun muss man eine Alternative finden.

Gegensanktionen

Relevanter als die Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt, waren die Anfang 2022 eingeführten Importverbote seitens Belarus für Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Käse, Gemüse und Obst. Diese waren zunächst auf ein halbes Jahr beschränkt, es ist aber davon auszugehen, dass diese Maßnahme verlängert wird. Des Weiteren hat die belarussische Regierung ein Transitverbot bestimmter Güter aus Litauen auf Schiene verhängt.

Fazit: In Belarus gab es schon vor dem Ukraine Konflikt weitreichende Einschränkungen.

Entwicklungsszenarien

Da weiterhin russische Truppen in Belarus stationiert sind, ist davon auszugehen, dass das Land im selben Ausmaß von Sanktionen betroffen bleiben wird wie Russland. Eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen mit westlichen Ländern wäre nur mit einem Ende des Ukraine Kriegs möglich. Zusätzlich nimmt in Belarus auch die Rechtsicherheit ab. Zuletzt kam es bei mehreren ausländischen Firmen zu Verhaftungen von Mitarbeitern, davon waren auch österreichische Firmen betroffen. Die Hintergründe lassen auf politische Motive der Verhaftungen schließen.

Fazit: Neben Sanktionen ist abnehmende Rechtssicherheit ein Hemmnis für Geschäfte in Belarus.

Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft

Die eingeführten Handelsverbote werden die gesamte belarussische Wirtschaft negativ beeinflussen, da es neben mangelnden Konsumgütern zu Problemen in der Produktion kommen wird. Die Regierung empfiehlt belarussischen Unternehmen diese Lücke mit Importen aus Ländern wie China zu substituieren und neue Exportmärkte für belarussische Waren zu erschließen. Zudem werden Maßnahmen wie bspw. Steuererleichterungen zur Unterstützung lokaler Unternehmen ergriffen.

Fazit: Die belarussische Wirtschaft orientiert sich aufgrund von Lieferstopps wichtiger Lieferanten sowie wegbrechender Absatzmärkte teilweise neu.

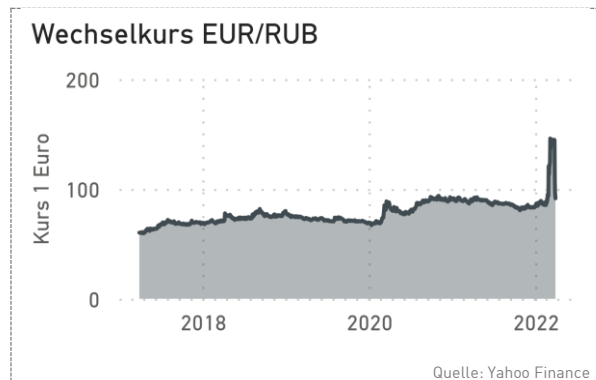
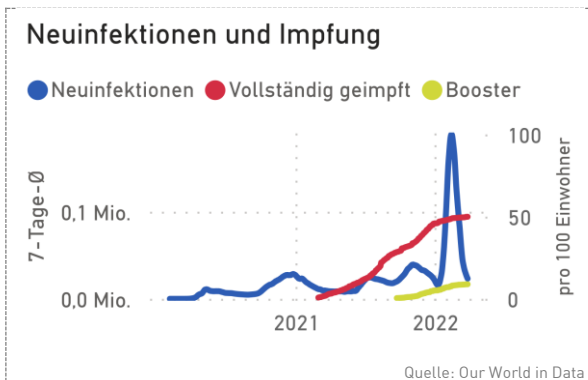
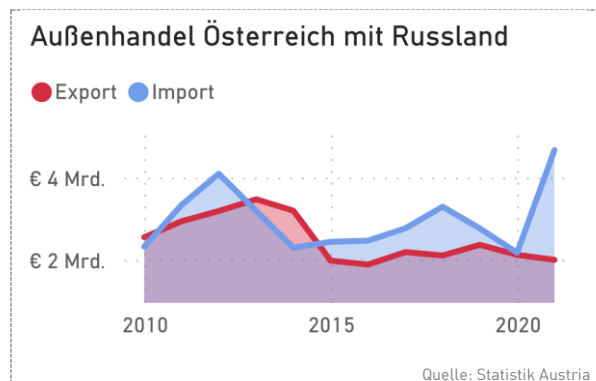
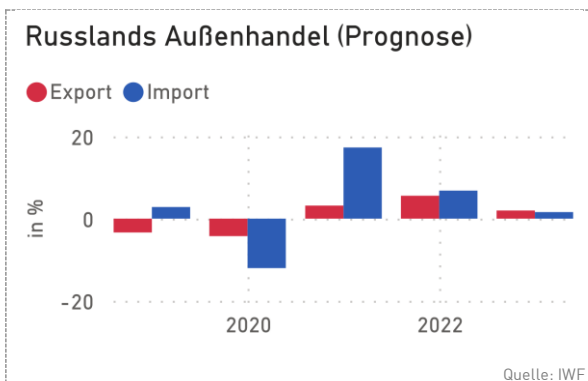
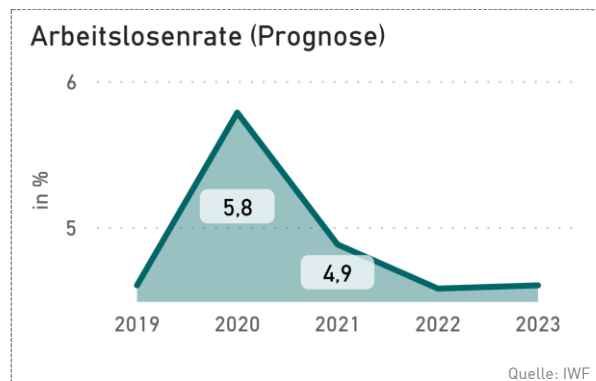
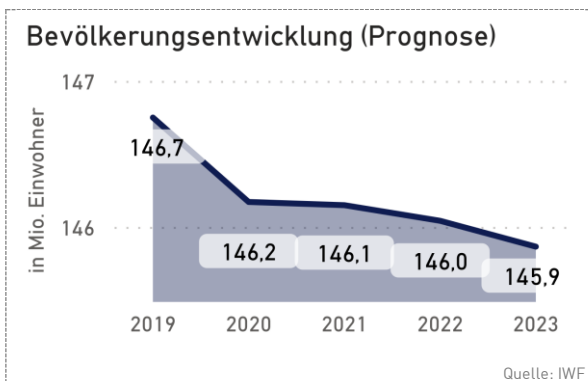
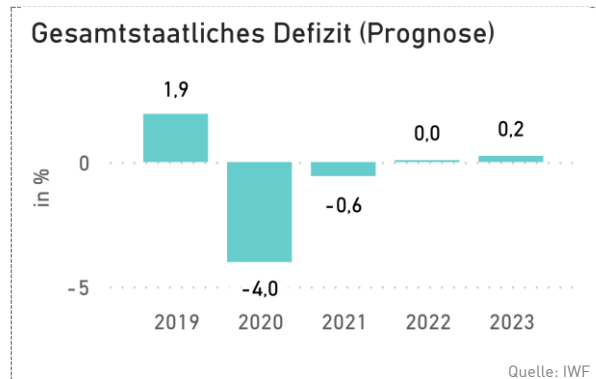
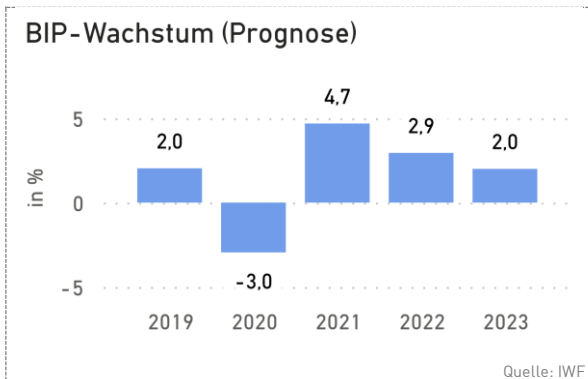
Situation für österreichische Unternehmen

Viele österreichische Firmen können Geschäfte wie den Export von Maschinen nach Belarus oder den Import von Holz nicht mehr durchführen und ihr Geschäft ist stark beeinträchtigt. Es gibt Meldungen von Firmen, welche den Markt verlassen wollen, andere evaluieren die Situation aktuell. Wir unterstützen derzeit Unternehmen bei Sanktionsfragen und der Erfüllung bestehender Lieferverträge.

Fazit: Geschäfte in Schlüsselindustrien sind derzeit für viele österreichische Firmen nicht mehr möglich.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Belarus](#)

SITUATION REPORT: RUSSLAND



Hinweis: Auf Grund der fluiden Lage wurden für diese Grafiken Prognosen verwendet, die vor dem russischen Überfall auf die Ukraine in 2022 erstellt wurden.

EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Sanktionen: aktuelle Lage

Neben Beschränkungen für bestimmte natürliche und juristische Personen, sowie dem Ausschluss mehrerer russischer Banken aus dem SWIFT System, wurden weitreichende Handelsverbote für Unternehmen festgesetzt, die in den besetzten Regionen tätig sind oder in den Branchen Luft- und Seefahrt, Energie sowie im militärischen Bereich tätig sind. Besonders bedeutend ist das EU-Importverbot für Stahl- und Eisenerzeugnisse, da Russland ein wichtiger Lieferant für die europäischen Länder dieser Rohstoffe ist. Flugboykotte erschweren Geschäftskontakte deutlich.

Fazit: Die Sanktionsmaßnahmen sind umfassend und bremsen die russische Wirtschaft stark.

Gegensanktionen

Gewinntransfers ausländischer Unternehmen wurden stark reguliert. Mit strikten Devisenbeschränkungen wird versucht sicherzustellen, dass jene Güter für die heimische Wirtschaft verfügbar bleiben, welche aufgrund von westlichen Sanktionen oder Lieferschwierigkeiten nicht mehr importiert werden können. Es wurde bspw. ein Ausfuhrverbot für medizinische Geräte, Landmaschinen und für bestimmte Holzarten eingeführt. Es wurde auch angekündigt, dass gewisse Rohstoffe von nun an in Rubel bezahlt werden müssen. In der aktuellen Regelung sollen europäische Gasimporteure Euro nach Russland überweisen, wo diese in Rubel getauscht werden.

Fazit: Gegensanktionen treffen österreichische Unternehmen weniger als westliche Sanktionen.

Entwicklungsszenarien

Ob es zu einer Entspannung oder Verschärfung des Konflikts kommen wird, ist nicht absehbar. Schon jetzt ist aber deutlich, dass der Krieg in der Ukraine die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und westlichen Ländern nachhaltig schädigt. Für eine Verbesserung der Situation müssten sämtliche Kampfhandlungen eingestellt und alle russischen Truppen aus dem ukrainischen Gebiet abgezogen werden. Die von Russland als Volksrepubliken anerkannten Regionen Donezk und Luhansk stellen dabei ein besonderes Problem dar, da beide Konfliktparteien auf diese Gebiete Anspruch erheben.

Fazit: Ein Friedensvertrag und eine nachhaltige Entspannung der Situation ist nicht in Sicht.

Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft

Die Sanktionen haben große Verunsicherung unter Wirtschaftstreibenden und der Bevölkerung ausgelöst. Schwierigkeiten mit Lieferketten und schwankende Wechselkurse trieben die Inflation an. Schon bald könnte es sein, dass Ersatz- und Verschleißteile für Maschinen in Produktionsbetrieben nicht mehr gewechselt werden können, es zu Problemen in der Produktion kommt und man sich verstärkt nach Lieferanten aus Asien umsehen wird.

Fazit: Einige Sanktionen wirken zeitversetzt und haben Ihre Wirkung noch nicht voll entfaltet. Es ist mittelfristig von erheblichen Problemen in der Produktion auszugehen.

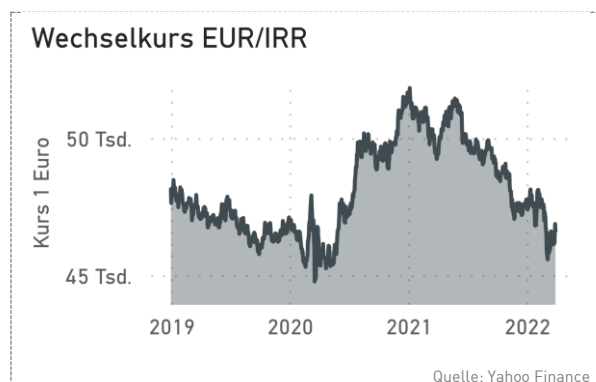
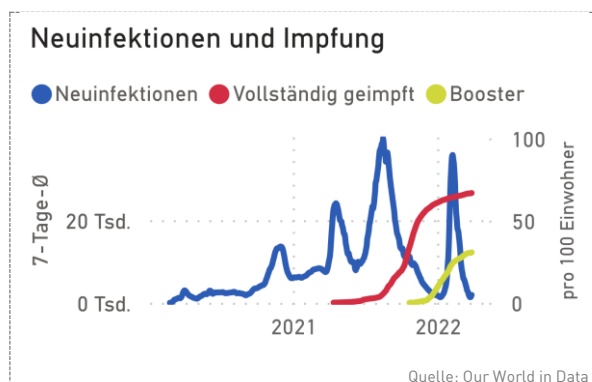
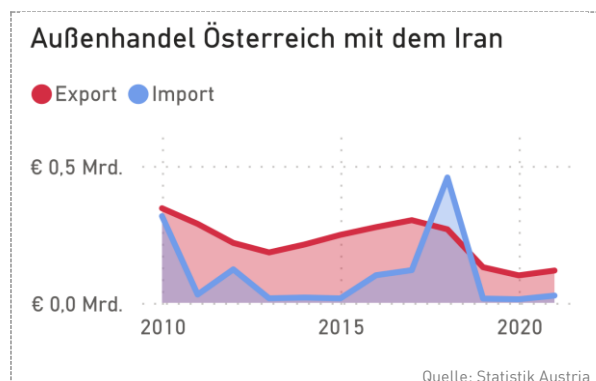
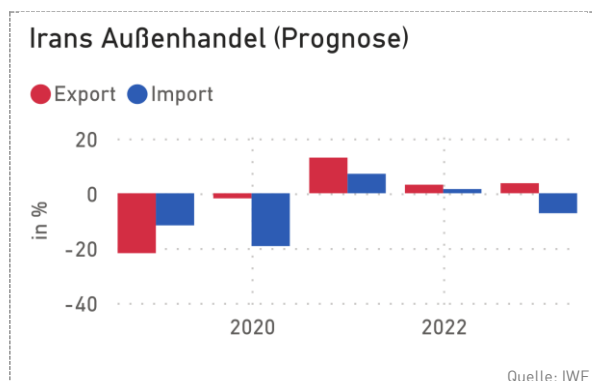
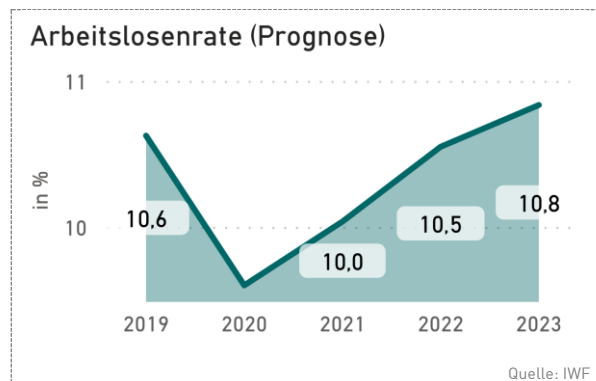
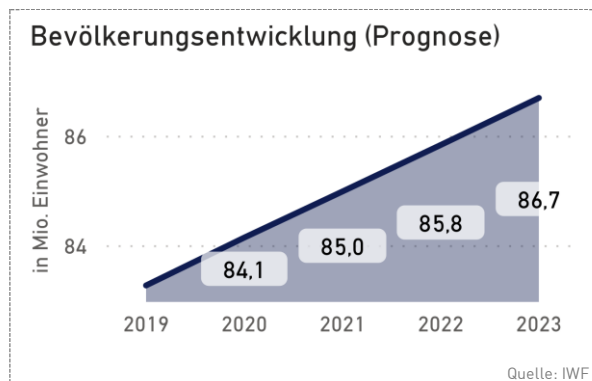
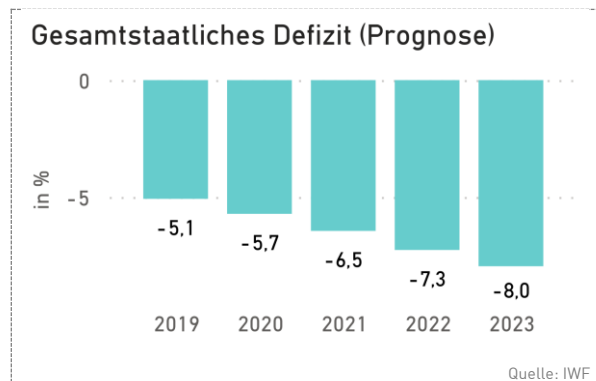
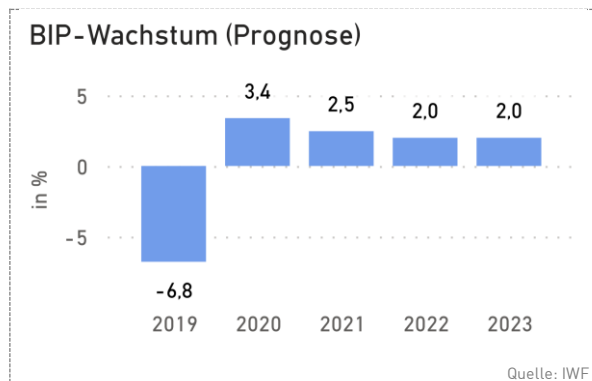
Situation für österreichische Unternehmen

Russland war schon immer ein sehr komplexer Markt und die österreichischen Unternehmen am russischen Markt sind geübt, mit wechselnden Bedingungen umzugehen. Hier kommt nun aber auch eine politische Komponente hinzu, ob man am russischen Markt weiterhin vertreten sein will. Allerdings ist derzeit nicht klar, unter welchen Bedingungen ein kompletter Rückzug überhaupt faktisch möglich ist, da auch der Devisenverkehr in Russland weitgehend beschränkt ist. Das AußenwirtschaftsCenter Moskau unterstützt Firmen aktuell insbesondere dabei, ihre bestehenden Lieferverpflichtungen unter den erschwerten Umständen zu erfüllen.

Fazit: Schwierige Situation für Firmen, eine schnelle Lösung oder Stabilisierung ist nicht in Sicht.

Mehr erfahren am [WKÖ-Export radar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Russland](#)

SITUATION REPORT: IRAN



Hinweis: Auf Grund der fluiden Lage wurden für diese Grafiken Prognosen verwendet, die vor dem russischen Überfall auf die Ukraine in 2022 erstellt wurden.

EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Sanktionen: aktuelle Lage

Gegen den Iran gibt es seit 1953 rund 1.600 verschiedene Sanktionsgesetze und Dekrete, vor allem seitens der USA. Amerikanische „secondary sanctions“ wirken auch gegenüber im Irangeschäft aktiven Unternehmen aus Drittländern wie Österreich, deren eigene Rechtsordnung Geschäfte mit dem Iran nicht sanktioniert. Das größte Hindernis ist das Fehlen belastbarer Zahlungskonäle. Tendenziell nimmt aber der Effekt der Sanktionen ab, da alternative Lösungen gefunden werden.

Fazit: Der Iran hat dem Sanktionsdruck trotz großer Probleme bisher standhalten können.

Gegensanktionen

Iranischerseits gibt es eine lange, nicht veröffentlichte Liste von Importverboten zum Schutz der iranischen Wirtschaft und der Währungsreserven. Die Antwort des Irans besteht in der Wiederaufnahme der Anreicherung spaltbaren Materials.

Fazit: In wirtschaftlicher Hinsicht kann man kaum vom Vorhandensein von Gegensanktionen sprechen.

Entwicklungsszenarien

Mehrfach schon wurde verlautbart, dass die Wiener Verhandlungen zum Wiederaufleben des sogenannten Atomabkommens JCPOA („Joint Comprehensive Plan of Action“) kurz vor dem Durchbruch stünden. Sollte es tatsächlich dazu kommen, würde sich die politische und wirtschaftliche Isolation des Iran innerhalb kürzester Zeit beenden lassen. Exporte von Öl, aber auch Stahl, Zement oder Kupfer brächten Deviseneinnahmen. Die nötigen Investitionen in Industriemodernisierung und Infrastruktur könnten in Angriff genommen, und auch soziale Programme finanziert werden. Ansonsten ist mit einer weiteren Verschärfung der Überwachung der Sanktionen zu rechnen. Es könnte durchaus zu Unruhen kommen, ob sich diese dann nur auf den Iran beschränken, oder auf die Region übergreifen, ist schwer beurteilbar.

Fazit: Zukünftige Entwicklungen hängen vom Ausgang der JCPOA-Verhandlungen in Wien ab.

Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft

Die Sanktionen gegen den Iran führen zu massiven Beschränkungen des iranischen Außenhandels, Folgen davon sind weniger Deviseneinnahmen sowie eine Überalterung der Industrieanlagen und Infrastruktur. Der Zahlungsverkehr ist fast unmöglich. Hohe Inflation und Arbeitslosigkeit haben zu einer Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung geführt. Relative Gewinner der Situation sind Firmen parastaatlicher Einrichtungen wie der Revolutionsgarden und religiöser Stiftungen, Unternehmen in Privatbesitz leiden besonders.

Fazit: Ohne ein positives Ergebnis der Wiener JCPOA-Verhandlungen ist mit einer weiteren Verschlechterung der Situation zu rechnen.

Situation für österreichische Unternehmen

Die meisten der im Iran präsenten österreichischen Unternehmen haben sich zurückgezogen, die Exporte haben sich auf ein Drittel des Niveaus von vor den Sanktionen reduziert, steigen aber wieder leicht. Das Irangeschäft verlangt nach kreativen individuellen Lösungen, der Aufwand kann aber durchaus lohnenswert sein.

Das AC Teheran berät bei der Evaluierung der Geschäftsmöglichkeiten und -risiken, unterstützt bei der „Due Diligence“, und kann mit seiner Erfahrung helfen, einen Weg zu finden, die gesetzlichen und institutionellen Bedingungen für ein erfolgreiches Irangeschäft zu erfüllen.

Fazit: Unter Einhaltung der geltenden Vorschriften gibt es auch im Iran gute Geschäftschancen.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Iran](#)

WIRTSCHAFTSSANKTIONEN IN DER AUSSENPOLITIK

Die Europäische Union setzt sich in den internationalen Beziehungen konsequent für den Abbau von unfairen tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen ein. Werden Wirtschaftssanktionen verhängt, weicht die EU aber davon ab und schränkt aus übergeordneten politischen Erwägungen die Wirtschafts- oder Finanzbeziehungen der europäischen Wirtschaftsteilnehmer zu einem bestimmten Drittland oder einem bestimmten Personenkreis ein. Damit stellt die EU übergeordnete außenpolitische über unmittelbar außenwirtschaftliche Interessen.

Die Sanktionspolitik der EU hat sich dabei an die völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu halten. Unilaterale Sanktionsmaßnahmen der EU binden daher nur EU-rechtsnormunterworfenen Personen und dürfen weder gegen das völkerrechtliche Interventionsverbot verstoßen noch in die Souveränität von Drittstaaten eingreifen. Sanktionen als Zwangsmaßnahmen sind nur gegen solche Personenkreise zulässig, die gegen Völkerrecht und Menschenrechte verstoßen oder zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus beitragen. Wirtschaftssanktionen beschränken daher die Außenwirtschaftsfreiheit der eigenen, europäischen Unternehmen. Sanktionen und Embargos sind deshalb stets eine Gratwanderung außenpolitischer Ziele und wirtschaftlicher Folgekosten. Im Gegensatz zu den gewöhnlichen Wirtschaftssanktionen beschränken extra-territorial wirksame Maßnahmen, welche beispielsweise von den USA verhängt werden, nicht die eigene Wirtschaft, sondern jene von Drittstaaten und unternehmen damit den Versuch dieses Dilemma zu umgehen.

Wirtschaftliche Kosten von Sanktionen

An EU-Sanktionen sind alle natürlichen und juristischen Personen gebunden, die dem EU-Recht unterworfen sind. Die finanziellen Kosten von Sanktionen trägt somit die exportorientierte Wirtschaft. Für Unternehmen ist das problematisch, weil Sanktionsmaßnahmen keine staatlichen Schadenersatzleistungen vorsehen. Unilaterale EU-Sanktionen beschränken die eigene Wirtschaft im globalen Wettbewerb mit Unternehmen aus Drittstaaten, die an keine vergleichbaren Beschränkungen gebunden sind.

Liegen ausgeprägte Wirtschaftsbeziehungen mit dem Land vor, gegen das länderbezogenen Sanktionen gelten, sind die ökonomischen Kosten von Sanktionen für die Wirtschaft in Österreich und der EU sowie für die Bevölkerung im Zielland besonders spürbar. Vor allem autonome Sanktionen der EU sind aufgrund der Umgehungsmöglichkeiten weniger effektiv als Sanktionen in Umsetzung von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats. Embargogegner bzw. sanktionierte Personen können autonome handelsbezogene- und finanzielle restriktiven Maßnahmen der EU durch Dreiecks-Konstrukte oder Verlagerung der Handelsbeziehungen zu umgehen versuchen und damit den eigenen wirtschaftlichen Schaden minimieren.

Ein zielgerichtetes Instrument

Der zielgerichtete Einsatz von restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) ist ein legitimes außenpolitisches Instrument zur Verhinderung von Verstößen gegen das Völkerrecht und Menschenrechte, zur Verhinderung der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder zur Bekämpfung von Terrorismus. Da Unternehmen Schadenersatz für unmittelbar wirksame Bereitstellungs- und Erfüllungsverbote allerdings nicht erhalten, trägt die Wirtschaft einen wesentlichen Anteil der Kosten von Sanktionen. Wirtschaftssanktionen sollten als „*Smart Sanctions*“ transparent, zeitlich begrenzt und zielgerichtet nur gegen einen eindeutig bestimmten Personenkreis verhängt werden.

Mehr erfahren unter wko.at/sanktionen

Kontakt:

Belarus

AußenwirtschaftsCenter Moskau
Mag. Rudolf Lukavsky
WKÖ-Wirtschaftsdelegierter
T +7 495 121 05 66
E moskau@wko.at

Iran

AußenwirtschaftsCenter Teheran
Dr. Christoph Grabmayr
WKÖ-Wirtschaftsdelegierter
T +98 21 2204 7791
E teheran@wko.at

Russland

AußenwirtschaftsCenter Moskau
Mag. Rudolf Lukavsky
WKÖ-Wirtschaftsdelegierter
T +7 495 121 05 66
E moskau@wko.at

IMPRESSUM

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.:

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Wiedner Hauptstraße 63, Postfach 150, 1045 Wien

Redaktion:
Abteilung WIRTSCHAFTS- und HANDELSPOLITIK, E whp@wko.at, <https://news.wko.at/whp>
AUSSENWIRTSCHAFT Marketing, E aussenwirtschaft.corpcom@wko.at
W www.wko.at/aussenwirtschaft